

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

18.08.2023

# Inhalt

## EWN

1   <b>LNG-Terminal Mukran: Justiz weist Binz in Schranken</b> <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 18.08.2023</i> .....	3
2   <b>Verstöße bei AKW-Rückbau? Firma spricht von Verleumdung</b> <i>Neue Osnabrücker Zeitung, 18.08.2023</i> .....	4

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 18.08.2023 | S. 17

 Auflage: 25.909 | Reichweite: 70.189

 Martina Rathke

## SCHLAMMSCHLACHT

# LNG-Terminal Mukran: Justiz weist Binz in Schranken

## Staatsanwaltschaft Rostock sieht keine Anhaltspunkte für Ermittlungen / Die Gemeinde darf Behauptungen nicht verbreiten

Die Vorwürfe der Gemeinde Binz wogen schwer: Die Deutsche Regas soll den Aufbau des LNG-Terminals an der Ostsee aus intransparenten Finanzquellen finanziert haben. In ihrem Kampf gegen das LNG-Terminal auf der Insel Rügen ist das Seebad jetzt zweimal und unabhängig voneinander in juristische Schranken verwiesen worden - durch das Landgericht München und die Staatsanwaltschaft Rostock.

Das Landgericht in München verbot am Donnerstag dem Anwalt der Gemeinde, Reiner Geulen, den Eindruck zu erwecken, dass für die Finanzierung des LNG-Terminals auf Rügen Finanzmittel oder Finanzkörperschaften aus dem Cirsio Alternative Master Fund Limited auf den Cayman-Inseln genutzt worden seien. Die Staatsanwaltschaft Rostock geht auf die Anzeige Geulens wegen des Vorwurfs der gewerbsmäßigen Geldwäsche gegen den Geschäftsführer der Deutschen Regas nicht ein. Es bestehe kein Anfangsverdacht, so eine Sprecherin der Rostocker Ermittlungsbehörde.

Rückblick: Geulen, der die Gemeinde Binz juristisch im Kampf gegen den Terminalbau vertritt, hatte Ende Juli Anzeige wegen des Vorwurfs der gewerbsmäßigen Geldwäsche bei der Staatsanwaltschaft erstattet.

Es gäbe Hinweise, dass der Geschäftsführer und Investorenvertreter Ingo Wagner Kapital von einem Fonds auf den Cayman-Inseln auf ihm gehörende Gesellschaften in Deutschland transferiert haben soll, die dann später in die Deutsche Regas integriert worden seien. Die Staatsanwaltschaft Rostock sieht dafür aber keinen belastbaren Ansatz. Es würden keine strafrechtlichen Ermittlungen eingeleitet, sagt eine Sprecherin der Ermittlungsbehörde. Begründung: Für den Vorwurf der Geldwäsche müsse es eine strafrechtlich relevante Vortat geben. „Wir haben aber keine Anhaltspunkte für eine solche Straftat gesehen.“

Zudem verbreitete Geulen parallel dazu in einer Pres-

semitteilung den Vorwurf eines unsauberen Finanzierungshintergrundes bei der Deutschen Regas. Die von der Gemeinde breit gestreute Presseinformation fand bundesweit Beachtung und säte Zweifel an der Seriosität des Unternehmens.

Der Terminal-Betreiber reagierte mit einer Unterlassungsklage. Und auch in diesem Punkt muss die Gemeinde nun eine Niederlage einstecken: Das Gericht verbot Geulen die weitere Verbreitung der Vorwürfe und droht im Falle der Zuwiderhandlung ein Ordnungsgeld von bis zu 250 000 Euro oder eine Ordnungshaft von bis zu zwei Jahre an.

Der Aufsichtsratschef der Deutschen Regas reagierte erleichtert: „Endlich wird dieser lediglich auf Rufschädigung abzielenden Lügen- und Desinformationskampagne Einhalt geboten“, so Stephan Knabe. Geulen sieht sich ebenfalls bestätigt. Alle nicht von der Deutschen Regas angegriffenen Aussagen werde er weiter verbreiten, unter anderem den, dass die Deutsche Regas bislang nicht offengelegt habe, wer genau die Investitionssumme in Höhe von rund 94 Millionen Euro aufgebracht habe. Die Gemeinde Binz kämpft mit harten Bandagen gegen den Terminal-Bau. Zuletzt richtete sich der Zorn gegen die Schwesig-Regierung in Schwerin, weil diese nicht gegen die geplante Genehmigung des Bergamtes Stralsund für den Bau des ersten Trassenabschnitts der LNG-Pipeline vorgehe.

Der Bürgermeister von Binz, Karsten Schneider, und Kurdirektor Kai Gardeja sahen die Rechtsstaatlichkeit erschüttert, forderten Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) auf, in den Genehmigungsprozess einzugreifen. So heißt es: „Die Landesregierung muss ... konsequent ihre Genehmigungskompetenzen durchsetzen“. Sollten die Genehmigungen tatsächlich erteilt werden, komme dies einer demokratischen Bankrotterklärung der Landesregierung gleich, so Schneider und Gardeja in dem Brief.

📰 Neue Osnabrücker Zeitung | 18.08.2023 | S. 5

📄 Auflage: 30.173 | Reichweite: 59.363

👤 dpa

## Verstöße bei AKW-Rückbau? Firma spricht von Verleumdung

### Umgang mit radioaktiven Stoffen im Kraftwerk Unterweser

**Stadland.** Das Unternehmen Preussen Elektra, zuständig für den Rückbau des Kernkraftwerks Unterweser, geht nach neuen Vorwürfe zu angeblichen Verstößen im Atomkraftwerk von Verleumdung aus. In anonymen Schreiben wird kritisiert, dass in dem Kernkraftwerk im Landkreis Wesermarsch gesetzeswidrig mit radioaktiven Reststoffen umgegangen werde.

„Unsere Prozesse stellen sicher, dass Rückbaumaterial sorgfältig getrennt und entsprechend behandelt wird“, sagte der Geschäftsführer von Preussen Elektra, Guido Knott. Es gebe keine Anhaltspunkte, welche die erhobenen Vorwürfe stützten, sagte Knott. „Insofern gehen wir davon aus, dass es sich um eine gezielte Verleumdungskampagne handelt.“ Man werde rechtliche Schritte gegen den Verfasser einleiten.

Preussen Elektra zufolge gab es bereits im April ähnliche Vorwürfe, die ohne Grundlage gewesen seien. Das hätten Untersuchungen ergeben. Den neuen Vorwürfen werde man dennoch nachgehen.

### Offener Brief an Umweltminister

Am Mittwoch hatte sich die Atomkraftgegner-Gruppe

Arbeitskreis Wesermarsch in einem offenen Brief an Niedersachsens Umweltminister Christian Meyer (Grüne) gewandt. Der Arbeitskreis Wesermarsch veröffentlichte dazu die zwei anonymen Schreiben. Die Schreiben seien der Gruppe zugänglich gemacht worden. Darin heißt es unter anderem, dass im Kernkraftwerk Strahlenschutzverordnungen derzeit nicht in angemessener Weise beachtet würden. Es gebe Tonnen von fehlerhaft deklarierten Materialien.

Dem Umweltministerium zufolge gab es im April bereits anonyme Hinweise zu möglichen Verstößen im Umgang mit radioaktiven Reststoffen im Kernkraftwerk. Schon damals seien umfangreiche Prüfungen veranlasst worden. Auch die Staatsanwaltschaft wurde informiert und um Prüfung gebeten, wie ein Sprecher am Donnerstag sagte.

Den Vorgang nimmt das Ministerium den Angaben nach weiter sehr ernst. „Sicherheit hat für uns höchste Priorität“, heißt es. Deshalb gab es auch eine unangekündigte aufsichtsrechtliche Kontrolle. Bislang haben sich die Vorwürfe nicht erhärtet. Den Vorwürfen werde weiter intensiv nachgegangen, sagte der Sprecher.